Scheibners Zwischenruf

Alles wie immer

War mal wieder überhaupt nichts los in der Woche. Oder alles wie immer. Die Bahn hatte mehr als 36 Stunden Verspätung von der Grenze bis nach Gorleben. Das rechnen sich die Demonstranten auch noch als Erfolg an. So was schafft doch die Bahn sonst ganz allein. Also alles wie immer.

Und das mit dem Atommüll selbst – was soll die ganze Aufregung? Die Atomindustrie verdient wieder viele Millionen extra, die Regierung lässt sich von ihr erpressen – was übrig bleibt, ist der Müll – und den Müll kriegen wir – Sie und ich. Alles wie immer.

Ach ja – und dann der Aufstieg. Es gibt ja ein neues Wirtschaftswunder! Aufschwung ist da! Der Aufschwung ist da! „Und zwar durch uns!", ruft die SPD. „Den haben wir doch geschafft – durch Schröders Agenda 2010. Druck auf die Aller-Kleinsten im Lande und Ein-Euro-Jobs als Vollzeitarbeit." Ja, der Aufschwung ist da – nur unten kommt er nicht an. Wie immer.

Banken-Boss Nonnenmacher wird endlich gefeuert – man spricht von vier Millionen Euro Abfindung. Und wer muss die bezahlen? Na, wer wohl? Sie und ich. Sonst wär's ja nicht wie immer.

Und dann: die Gesundheitsreform. „Ich kann leider keine Vorauszahlung leisten, Herr Doktor, und die Kasse zahlt mir ja erst was, wenn ich die Mehrkosten im Voraus gezahlt hab." – „Tja, mein lieber Herr Meier, dann können wir Sie leider erst aufschneiden, wenn Sie genug gespart haben." Wer arm ist, muss früher sterben. Jetzt vielleicht n o c h ein bisschen früher. Aber im übrigen: Wie immer!

Der Kabarettist Hans Scheibner wirft regelmäßig einen satirischen Rückblick auf das Wochengeschehen.

Online

Standpunkte

Deutsches Trauerspiel im Grenzland

Politik ohne Kompass und Fingerspitzengefühl: Bund unterstützt die dänische Minderheit – und kürzt die Zuschüsse für die deutsche Volksgruppe

VON STEPHAN RICHTER

Die alten Lobeshymnen von der „Modellregion Europa" klingen wie Hohn in den Ohren. Ausgerechnet die schwarz-gelbe Landes- und die Bundespolitik hat es geschafft, die Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland gegeneinander auszuspielen. Statt das Miteinander zu fördern, begann ein finanzielles Geschacher ohne nationalen und europapolitischen Kompass und ohne Fingerspitzengefühl. Trauriger Höhepunkt: die Entscheidung des Haushaltsausschusses des Bundestages.

Die gute Nachricht: Die Schulen der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein erhalten 2011 vom Bund 3,5 Millionen Euro. Damit werden die von der Landesregierung in Kiel geplanten Kürzungen größtenteils wettgemacht. Die schlechte Nachricht: Der deutschen Volksgruppe in Dänemark werden im selben Atemzug die Zuschüsse im Vergleich zu 2010 um eine Million Euro gekürzt.

Der Umgang mit den Minderheiten im Grenzland ist gerade für eine CDU-geführte Bundesregierung beschämend. Welch' ein Aufschrei hätte es in Schleswig-Holstein gegeben, hätte ein sozialdemokratisches Kabinett in Kiel oder Berlin Sparaktionen in so einem sensiblen Bereich gewagt. Von „vaterlandslosen Gesellen" wäre die Rede. Zu Recht. Milliarden Steuergelder werden für die Rettung von Banken ausgegeben. Aber der deutschen Volksgruppe muss das arme Deutschland eine Million kürzen. Ein Trauerspiel.

Das gilt auch für die Vertretung schleswig-holsteinischer Interessen beim Bund. Wo war der Parlamentarische Staatssekretär im Berliner Innenministerium, Ole Schröder aus Pinneberg? Wo waren die schleswig-holsteinischen CDU/FDP-Mitglieder im Haushaltsausschuss?

Die Zuwendungen an die dänische Minderheit wurden vom Haushaltsausschuss des Bundestages damit begründet, dass ein funktionierendes dänisches Schulwesen die Zukunft der dänischen Minderheit in Deutschland garantiere. Gut so. Im gleichen Atemzug aber die Zuschüsse an die deutsche Minderheit zu kürzen, zeigt, dass der Bund nichts verstanden hat. Das friedliche Miteinander im Grenzland erfordert die Balance zwischen den Minderheiten. Die wird beschädigt – und das Vertrauen in die Landes- und Bundespolitik dazu.

Späte Pleite

Warum die Geburtenzahlen sinken

VON JÜRGEN LIMINSKI

Die neuen Geburtenzahlen sind eine doppelte Ohrfeige. Zunächst für die Politik und dann auch für die Wirtschaft. Für die Politik, weil das von Frau von der Leyen vollmundig proklamierte Ziel (Geburtenquote 1,7 durch Elterngeld) grandios verfehlt wurde. Und zwar gerade wegen des Elterngeldes. Diese Maßnahme (67 Prozent vom letzten Nettolohn) ist an Gehalt und Einkommen gekoppelt. Es soll ein Lohnersatz sein und hat nun den Effekt, dass junge Paare ihren Kinderwunsch aufschieben, bis sie beruflich etabliert sind oder als Freiberufler ein wirtschaftlich gutes Jahr haben wollen, um dann auch einen nennenswerten Betrag zu erhalten. Denn Maßstab ist das Gehalt des letzten Jahres vor der Geburt. So ist die Zahl jener